

Niels Annen

Reset the Reset

Auf der Suche nach Mitt Romneys' außenpolitischen Ideen

Wie sieht Mitt Romney die künftige Rolle Amerikas in der Welt? Seine bisherigen außenpolitischen Äußerungen sind schablonenhaft bis schlicht, ein außenpolitisches Konzept blieb der republikanische Präsidentschaftskandidat bisher schuldig. Doch der Druck, sich zu positionieren, wird stärker werden.

Lange bevor sich Mitt Romney in einer zermürbenden Kampagne die Präsidentschaftskandidatur der Republikanischen Partei sichern konnte, hat er versucht, sich in der Außenpolitik als Vertreter amerikanischer Machtpolitik zu profilieren. Anlass lieferten die Initiativen des frisch gewählten Präsidenten, das durch die Vorgängerregierung ramponierte Ansehen Amerikas in der Welt wieder herzustellen. Amerika, so Romney, habe keinen Anlass sich zu entschuldigen. Der Präsident sei bestenfalls naiv, wenn er glaube, dass man mit Zugeständnissen Amerikas Feinde versöhnlich stimmen könne, im Gegenteil, er ermutige Amerikas Gegner, ihren Kampf weiterzuführen. Damit war die Argumentationslinie vorgezeichnet, an welcher sich der Kandidat fortan orientieren sollte.

So warb Romney für eine Ablehnung des neuen START-Abkommens und veröffentlichte eigens einen (allerdings reichlich fehlerhaften) Namensbeitrag in der *Washington Post*. Das Kalkül war wenig überraschend, schließlich beschuldigen republikanische Kandidaten seit den 50er Jahren Demokraten in Fragen der nationalen Verteidigung der Schwäche. Doch Präsident Obama erwies sich im Bereich der Sicherheitspolitik als kaum angreifbar. Von Guantanamo bis zu massivem Einsatz von Drohnen, führte Obama Politiken der Bush-Administration fort und autorisierte sogar die Tötung eines amerikanischen Staatsbürgers, der Anschläge gegen Amerikaner geplant hatte. Spätestens mit der spekta-


Niels Annen

(* 1973) war bis 2009 MdB und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, danach Senior Resident Fellow beim German Marshall Fund in Washington und ist seit 2011 in der Internationalen Politikanalyse der FES tätig.

niels.annen@fes.de

kulären Tötung Osama Bin Ladens klangen republikanische Vorwürfe gegen den Präsidenten hohl und die Angriffe der Opposition verlagerten sich auf die Innenpolitik.

Die epische Schlacht um die republikanische Nominierung erbrachte in Sachen Außenpolitik wenig Aufschlussreiches. Mit Ausnahme des libertären Kandidaten Ron Paul, dessen isolationistischen Positionen klar in der Minderheit blieben, versuchten sich die Kandidaten mit Hardliner-Positionen gegenseitig zu übertrumpfen. Eine ernsthafte Debatte über Außenpolitik entwickelte sich nicht.

In seinen wenigen grundlegenden Äußerungen über Amerikas Rolle in der Welt, bleibt Romney schablonenhaft («The United States is good»). Amerikas »Exzeptionalismus« bildet den Kern seiner Politik, ein Motiv, das seit Gründung der Republik zum Standardrepertoire beider Parteien in den USA gehört. Der ostentativen Betonung von Amerikas Ausnahmestellung liegt jedoch eine tiefergehende Debatte zugrunde. Romneys Berater haben früh erkannt, dass in der Diskussion über »American Decline«, die mit jüngsten Veröffentlichungen, etwa von Tom Friedman und

Michael Mandelbaum, einen neuen Höhepunkt erreicht hat, eine Chance für die »Grand Old Party« (GOP) liegt, Barack Obama mit einem Diskurs des Niedergangs in Verbindung zu bringen, in der jede Geste – wie etwa die Offerten gegenüber Iran zu Beginn seiner Amtszeit – zu einem Beleg für Schwäche wird. Aufschluss über dieses Denken gibt Robert Kagan, inzwischen einer von Romneys prominentesten außenpolitischen Beratern, der jedoch in seiner Kampfschrift *The World America made* nicht nur der Niedergangstheese vehement widerspricht, sondern auch noch einmal alle Argumente für Amerikas Sonderstellung in der Welt anführt (Barack Obama, so streuen seine Berater, soll das Buch übrigens gut gefallen haben).

Überzeugungen oder Formelkompromiss?

Romneys bisherige Äußerungen sind von bemerkenswerter Schlichtheit. So verspricht er Irans Nuklearprogramm ebenso zu beenden wie Chinas Währungsmanipulationen. Die Taliban will er besiegen und Nordkorea entwaffnen. Zudem will Romney seine Nahostpolitik von Israels Zustimmung abhängig machen (Netanjahu zählt seit vielen Jahren zu seinen Freunden). In der bisher einzigen Rede zur Außenpolitik seit seinem Sieg in den *Primaries*, dem Vorwahlkampf, variierte er das Thema amerikanischer Größe und kritisierte die geplanten Kürzungen im Verteidigungsetat, den er dauerhaft bei 4 % des BIP festschreiben möchte. Auch ein sogenanntes »White Paper« der Romney-Kampagne brachte wenig Licht ins Dunkel. Zwar ist die Sprache in vielen Bereichen diplomatischer gehalten als in Romneys bisherigen Statements, Klarheit über den Kurs brachte aber auch dieses Papier nicht. Mehr Aufschluss verspricht da schon die Auswahl des Personals, das im Wesentlichen aus neokonservativen Hardlinern der Regie-

rung von George W. Bush, wie dem ehemaligen UN-Botschafter Bolten, besteht (Prominentere Vertreter der realpolitischen republikanischen Elite, wie Henry Kissinger oder Brent Scowcroft sind, wie David Sanger von der *New York Times* zu Recht anmerkt, auffällig abwesend). Offen bleibt auch hier, wie stark Romneys »White Paper« wirklich seine Überzeugungen, oder lediglich einen Formelkompromiss zwischen seinen Beratern, widerspiegelt, denen es dem Vernehmen nach an einer klaren Linie mangelt.

Europa ist Romney bisher nicht einmal einen Platzhalter wert, der alte Kontinent fehlt in den Veröffentlichungen der Romney-Kampagne fast gänzlich. Dafür wird der Kandidat in seiner Russlandpolitik konkreter als es einem lieb sein kann. Denn über das vorzeitige Ende der Sowjetunion vor 21 Jahren haben ihn seine Berater offensichtlich nicht informiert. Russlands imperialen Ambitionen wolle er einen Riegel verschieben und den sogenannten »Reset«, also den symbolischen Neustart der Beziehungen zwischen den USA und Russland, rückgängig machen (»reset the reset«). Ferner hält Romney die von Obama durchgesetzte Modifikation der Raketenabwehr für einen Fehler, ja für Romney ist Russland gar Amerikas »geopolitischer Gegner Nummer Eins«.

Bleibt die Frage, welche Außenpolitik Europa von einem Präsidenten Romney wirklich zu erwarten hätte. Die bisher bekannte Mischung aus Naivität und Ignoranz, gepaart mit Verlautbarungen eines erfahrenen Beraterstabs, lassen keine Schlüsse auf die wirklichen Überzeugungen eines Kandidaten zu, der im Laufe seiner Karriere in so ziemlich allen Politikbereichen schon fast jede denkbare Position einmal vertreten hat. Für die meisten Beobachter ist dies offenbar dennoch kein Grund zur Sorge: Zuletzt vermochte Aron David Miller in seinem Artikel *Foreign Policy* keinerlei grundlegenden Unterschiede zwischen Romney und Obama auszumachen.

In der Außenpolitik war für Romney bisher gegen Obama nichts zu holen, seine Zurückhaltung ist daher verständlich. Dennoch, mit der Nominierung in der Tasche wird der Druck auf den Kandidaten steigen, sich konkreter zu äußern. Zudem wird sich Romney schon bald überlegen müssen, ob er vor der Wahl noch eine größere Reise zur Stärkung seines außenpolitischen Profils unternehmen will. Eine solche Reise könnte nicht zuletzt Irritationen ausräumen, denn bisher ist unklar, wie genau sich Romney z.B. zu Afghanistan verhalten wird. Gouverneur Romney wird schnell feststellen, dass sich – entge-

gen der Rhetorik seiner Kampagne – Amerikas Verbündete keineswegs von der Obama-Administration allein gelassen fühlen, sondern sie viel mehr von Romneys großspurigen Ankündigungen verstört sind. Eine Position von Mitt Romney könnte in Europa jedoch durchaus auf offene Ohren stoßen: Sein Bekenntnis, die Verteidigungsausgaben dauerhaft auf dem heutigen Niveau zu halten, dürften vielen Staaten als Einladung dazu verstehen, ihre eigenen Verteidigungsetats weiter zurück zu fahren. Es ist aber unwahrscheinlich, dass dies wirklich im Interesse von Gouverneur Romney liegt. ■

Axel Striebeck

Amerikas Pazifisches Jahrhundert?

Neuausrichtung der US-Außenpolitik auf die Region Asien-Pazifik

Spätestens seit November 2011 und der Veröffentlichung des Artikels »America's Pacific Century« von Hillary Clinton in der Zeitschrift »Foreign Policy« wird auch in Europa darüber diskutiert, welche Bedeutung der Neuausrichtung der US-Außenpolitik zukommt. Wie sieht diese konkret aus? Welche Ursachen hat sie und welche Intentionen stehen dahinter? Was für Konsequenzen ergeben sich daraus für die Region Asien-Pazifik und für die Europäer?

Die Hinwendung der USA zur Asien-Pazifik-Region ist keine revolutionäre neue Idee der Obama-Administration, sondern vielmehr eine langfristige Justierung bestehender Strategien und Kapazitäten unter Berücksichtigung der aktuellen Situation in der Region. Präsident Obama und seine Regierung setzten seit Beginn ihrer Amtszeit wiederholt Zeichen, die vermuten lassen, dass Asien-Pazifik künftig eine gewichtigere Rolle in der US-Außenpolitik einnehmen wird: So führte die erste offizielle Auslandsreise von Hillary Clinton nach Japan, Indonesien, Südkorea und China. Mitglieder der Administration betonen immer wieder den Willen und die Fähigkeit der USA, Führungsmacht im



Axel Striebeck

(* 1982) studiert Wirtschaft und Politik Ostasiens an der Ruhr-Universität Bochum.

axel.striebeck@rub.de

Asien-Pazifik-Raum zu werden und es auf lange Sicht auch zu bleiben.

Neben diesen Ankündigungen und symbolischen Akten gab es aber auch handfeste Neuerungen: 2011 schlossen die USA und Australien ein Abkommen, welches die Stationierung von bis zu 2.500 US-Marines in Darwin vorsieht. Zusätzlich wer-